



HESSISCHER LANDTAG

02.11.2007

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Drucksache 16/7746

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 7

Bezeichnung lt. Leistungsplan Justizverwaltungsangelegenheiten Amtsgericht

Plan-/Stellenveränderungen:

Neue Plan-/Stellen	Weggefallene Plan-/stellen	von	um	auf
Bes. Gr. A 13 Oberamtsrat/ rätin				
Bes.Gr. A 13 = 51 Stellen; davon 1 ku nach A 12 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		50,0	+1,0	51,0
Bes. Gr. A 12 Amtsrat/ rätin		198,0	-1,0	197,0

Sonstige Veränderungen:

zu Kap. 05 01 - Ministerium - Erläuterungen zum Stellenplan -

Die Angabe „Zu Spalte 7:“ wird durch die Angabe „Zu Spalte 6:“ und die Angabe „Stellenwegfall aufgrund Wirksamwerden von PVS-Vermerken“ durch die Angabe „Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 3 HG 2007 nach Kap. 05 04 unter Anrechnung auf die PVS-Verpflichtung bei Kap. 05 01:“ ersetzt.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der Antrag dient der Korrektur eines Buchungsfehlers:

Im Rahmen einer PVS-Vermittlung wurde ein Oberamtsrat von dem Ministerium in die ordentliche Gerichtsbarkeit

vermittelt. Da zur Vermittlung in dem aufnehmenden Geschäftsbereich keine Planstelle der erforderlichen Wertigkeit (Bes.Gr. A 13) zur Verfügung stand, wurde gemäß Ziff. 9 der Verfahrensregelungen zur Personalvermittlungsstelle die Planstelle der Bes.Gr. A 13 in die ordentliche Gerichtsbarkeit umgesetzt. Versehentlich wurde im Haushaltsplanentwurf die Stellenumsetzung nicht abgebildet, sondern die Planstelle im Ministerium in Abgang gestellt. Dieses Versehen soll durch den Änderungsantrag behoben werden. Des Weiteren ist gemäß Ziff. 9 der Verfahrensregelungen zur PVS die ursprünglich zur Vermittlung ausgeschriebene Planstelle der Bes.Gr. A 12 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Abgang zu stellen und die umgesetzte Planstelle der Bes.Gr. A 13 mit einem personengebundenen ku-Vermerk zu versehen. Die Erläuterungen zum Stellenplan bei Kap. 05 01 sind entsprechend zu ändern.

Wiesbaden, 31. Oktober 2007

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende
Dr. Christean Wagner (Lahntal)